

Bündnis 90 DIE GRÜNEN

Informationszeitung von Fraktion und Ortsverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN Mörfelden-Walldorf

Bundestagswahl am 24. September • Kommunalpolitik • Landesentwicklungsplan • Nachtflugverbot



**NINA EISENHARDT
FÜR DEN KREIS
GROSS-GERAU**

mehr auf Seite 4/5

Nachtflugverbot existiert nur auf dem Papier

Im Sommer werden die Anwohner fast jede Nacht aus dem Schlaf gerissen

Mit dem Urteil des Hess. Verwaltungsgerichtshofs in Kassel am 21.8.2009 zum Flughafen ausbau wurde dem Frankfurter Flughafen auferlegt, die Nachtruhe zwischen 23 Uhr und 5 Uhr einzuhalten. Das Nachtflugverbot trat in Frankfurt am 21.10.2011 inkraft und wurde letztlich vom Bundesverwaltungsgericht in Leipzig am 4.4.2012 final bestätigt.

Wer geglaubt hatte, mit der Anordnung eines Nachtflugverbots von 23 Uhr bis 5 Uhr als Flughafen anwohner nunmehr eine zwar kurze, aber doch ruhige Nacht zu haben, sieht sich inzwischen leider bitter getäuscht.

Gerade in den letzten Monaten erreichen uns wieder besonders viele Klagen über nächtlichen Fluglärm aus der Bevölkerung.

Nachtruhe im Sommer nur jede 8. Nacht

Sechs Jahre nach seiner Einführung ist festzustellen, daß das heute bestehende Nachtflugverbot die Gesundheit und den nächtlichen Schlaf nur unzureichend schützt.

Zu viele Ausnahmegenehmigungen, zu viele Verspätungen, zu viele „besondere Wittersituationen“ und zu viele sogenannte „Kapazitätsengpässe“ führen dazu, daß das Nachtflugverbot besonders in den Sommermonaten löchrig wie ein „Schweizer Käse“ ist. So stellt es keinen verlässlichen Schutz der Bevölkerung vor den gesundheitlichen Gefahren des Fluglärms dar.

Von Mai bis Juli 2017 ist das Nachtflugverbot nur an 13 % der Nächte vollständig eingehalten worden. Im Mai gab es lediglich 6 ruhige Nächte, im Juni und Juli waren es sogar nur jeweils 3 Nächte ohne Fluglärm.

Dabei machen sich im Sommer besonders Charterflüge negativ bemerkbar, auch trägt die neue Geschäftspolitik der Fraport zur Ansiedlung von Billig-Airlines sowie Frachtflüge zum nächtlichen Fluglärm bei.

Kein Abschwellen vor 23 Uhr

Beunruhigend ist zudem die hohe Frequenz von Flugbewegungen auf allen Startbahnen im Zweiminutentakt zwischen 22:30 und 23 Uhr. Die Richter des Bundesverwaltungsgerichtes verfügten in den Randstunden ein An- bzw. Abschwellen der Flugbewegungen und setzten für die beiden Randstunden eine geringere Anzahl an Flugbewegungen als am Tag fest.

Davon ist beim derzeitigen Flugbetrieb nichts zu merken, im Gegenteil: die Rushhour wurde in die Nacht verlegt und die Kapazität ausgereizt. Nicht nur, daß es kein Abschwellen gibt, sondern durch die Ballung von Flügen in diesem sensiblen Nachtzeitraum kommt es bei geringsten Störungen im Betriebsablauf sofort zu Überschreitungen der >>>

**Zieglers neue Steueridee:
Jetzt kommt der „Straßenbeitrag“**

mehr dazu auf Seite 3

Neue Banner in der Stadt



>>> 23 Uhr-Grenze. Dies wird von FRAPORT und den Genehmigungsbehörden, der Bundesflugplankoordination und den Airlines billigend in Kauf genommen und widerspricht eindeutig dem Tenor des BVG-Urteils zu Lasten der Bürgerinnen. Hier besteht sofortiger Handlungsbedarf.

Forderungen an die Landespolitik

Die NORAH-Studie, aber auch der aktuelle Fluglärmbericht 2017 des Umweltbundesamt kommt zu dem Ergebnis, daß es zu laut ist und daß die Bevölkerung vor nächtlichem Lärm stärker geschützt werden muß.

Die vorgesehenen Ziele des neuen Hessischen Landesentwicklungsplans (LEP) zum Nachtschutz sind grundsätzlich zu begrüßen, reichen jedoch nicht aus, um die Bevölkerung vor den gesundheitlichen Auswirkungen des Fluglärms zu schützen. Daher sollten die landesplanerischen Festlegungen zur Begrenzung des Fluglärms im LEP so abgefasst sein, daß das aktuelle Niveau nicht weiter anwachsen dürfe und ein Reduktionsziel von 0,4 dB(A) jährlich festgeschrieben werde.

Nachtflüge am Frankfurter Flughafen zwischen 23 und 5 Uhr:

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Januar		54	89	13	57	16	30
Februar		101	70	12	43	21	24
März		62	94	14	74	37	37
April		74	82	49	110	51	37
Mai		210	46	90	30	130	117
Juni		145	87	51	49	252	157
Juli		180	51	259	104	149	211
August		57	49	89	42	61	
September		65	39	86	67	58	
Oktober		97	47	57	48	62	
November	83	31	21	24	35	40	
Dezember	90	102	21	44	15	37	
Summe	173	1178	696	788	674	914	613*

Quelle: Verbotene Nachtflüge, www.DFLD.de

* bis 31.7.2017

Die GRÜNEN stehen weiterhin für ein vollständigen Nachtflugverbot zwischen 22 und 6 Uhr und ein neues Fluglärmgesetz, das die Bürger schützt und nicht den Lärm.

Trotz Überschüssen neue Steuer

Koalition bastelt an Straßenbeitragsatzung

Der Entschuldungspfad des Schutzschirms ist eigentlich nur noch eine Formalität: Der Haushalt der Stadt ist seit 2015, damals noch unter Kämmerer Franz Urhahn, im Lot. Seitdem macht die Stadt kräftig Überschüsse und ausgeglichene Haushalte dürften mit ein wenig Ausgabenzurückhaltung in den nächsten drei Jahren kein Problem sein. Damit wäre die Stadt raus aus der Gängelung durch die Kommunalaufsicht. Trotzdem sollen die Bürger weiter bluten: Nach der völlig unnötigen Erhöhung der Grundsteuer um 33% zum 1.1.2017 will die Koalition aus SPD/Freie Wähler/FDP zum 1.1.2018 eine komplett neue kommunale Steuer erlassen: Den sogenannten Straßenbeitrag.

Stadtrat Ziegler (Freie Wähler) macht seit Mai Werbung für sein Vorhaben, mit dem vom Bürger Geld eingetrieben werden soll, um die Straßen der Stadt von Grund auf zu sanieren. Dabei versteckt sich Ziegler gerne hinter dem RP Darmstadt, das die Stadt seit Jahren drängt, diese neue Satzung einzuführen. In der Vergangenheit hatte die rot/grüne Koalition diesem Ansinnen stets entgegnet, daß man eine Straßenbeitragsatzung nicht brauche, da keine Großprojekte geplant seien.

Ist die Stadt noch Herr im eigenen Haus?

Das RP geht allerdings inzwischen soweit, der

Stadt die Haushaltsgenehmigung zu verweigern, sollte ab 2018 kein Straßenbeitrag erhoben werden.

Damit ist allerdings ein Punkt erreicht, den die Stadt sich nicht mehr gefallen lassen kann: Es geht letztlich sogar um die verfassungsmäßig garantierte kommunale Selbstverwaltung.

Ist man jetzt nur noch Befehlsempfänger der Politik aus Wiesbaden und Berlin? Wie kann das RP der Stadt Mörfelden-Walldorf damit drohen, einem ausgeglichenen Haushalt, der ohne neue Kredite auskommt und sogar jedes Jahr 3 Mio. € Schulden abbaut, die Genehmigung zu verweigern? Wegen einer Straßenbeitragsatzung, die in den nächsten Jahren überhaupt nicht zur Anwendung käme? Gilt die Vereinbarung mit dem Land nicht mehr, daß die Stadt selbst entscheiden darf, wie sie ihren Haushalt ausgleichen will?

Dauerhafte Abgabe geplant?

Für ziemlich dubios halten die GRÜNEN allerdings die Absicht der Koalition, den Straßenbeitrag dauerhaft und im Voraus zu erheben. Dabei würde die Stadt beim Bürger ab sofort regelmäßig Beträge einkassieren, auch wenn in den nächsten Jahren überhaupt kein Straßenumbau geplant ist.

SPD-FW-FDP plündern die Bürger

GRÜNE fordern unverzügliche Reduzierung der Grundsteuer

Laut waren die Proteste gegen die Grundsteuererhöhung auf 790 Prozentpunkte zum 01.01.2017. Begründet wurde die Mehrbelastung von SPD, Freien Wählern und FDP anderem dadurch, daß in 2016 und 2017 Haushaltsüberschüsse von rund 5,1 Mio. € erzeugt werden müssten, um die Schutzschirmauflagen erfüllen zu können.

Dabei verschwieg die Koalition jedoch, daß dieser Betrag allein schon durch das gute Ergebnis in 2016 als erfüllt angesehen werden konnte und es gar keinen Grund gab, die Grundsteuer B überhaupt zu erhöhen. Doch die neue Mehrheit rechnete die Stadt im neuen Haushalt 2017 künstlich arm und setzte die Gewerbesteuererinnahmen auf von 20,6 auf 16,2 Mio. runter.

Proteste und Änderungsanträge aller Oppositionsparteien im Parlament halfen nichts, SPD, Freie Wähler und FDP von ihrem Plan abzubringen: Die erhöhte Grundsteuer, die gut 2 Mio. € mehr einbringen soll, und der niedrige Gewerbesteueransatz wurden im Februar im Haushalt festgeschrieben.

Doch schon zu Ostern stürzte dieses unseriöse Machwerk wie ein Kartenhaus in sich zusammen: Nachdem man im Finanzausschuß im März noch die Auskunft verweigerte, mussten Bürgermeister Becker und Stadtrat Ziegler bald zugeben, daß man die Gewerbesteuer falsch eingeschätzt hätte und das aktuelle Anordnungssoll 18,9 Mio. € betrug. Von Woche zu Woche stiegen die Einnahmen weiter und im August betrug der Gewerbesteueransatz 21,7 Mio. € als letzte bekannte Zahl.

Vollkommen unverständlich, daß die Grundsteuererhöhung weiterhin bestehen bleiben soll. Doch SPD, Freie Wähler und FDP haben derzeit die Mehrheit und können machen, was sie für richtig halten. Für die Bürgerinnen und Bürger bleibt zu hoffen, dass diese Koalition wenigstens ihr Versprechen hält, „mit dem erfolgreichen Verlassen des Schutzschirmes die Grundsteuer B so schnell wie möglich wieder zu reduzieren“.



Es sieht toll und bunt aus, vorbildlich gepflegt, eine echte Verbesserung des Stadtbildes, der Weg ist besser befahrbar als vorher, Bienen und Insekten finden immer Nahrung und es hat die Stadt nichts gekostet: Eine Anwohnerin bepflanzt seit einem Jahr den Randstreifen des Mühlpfädchens in Mörfelden entlang ihres Grundstücks. Damals sollte die engagierte Frau, die auch Bienen hält, von der Stadt wegen Sachbeschädigung belangt werden. Der Magistrat kassierte später diese Androhung und gestattete die Blumenpflanzung.

Doch inzwischen wird sie wieder schikaniert: Schon dreimal in diesem Sommer fuhr das Ordnungsamt mit insgesamt 5 Mitarbeitern vor und verlangte von ihr u.a. das Abschneiden der Blumenstöcke, sie seien ein „Verkehrshindernis“. Damit wären allerdings auch viele Blüten und damit die Ernährungsmöglichkeit der Insekten weg – was ja nicht Sinn der Sache sein kann.

Man fragt sich schon wieder: Haben die nix besseres zu tun im Rathaus?

Neue Banner in der Stadt





Was mich bewegt

Politisch aktiv wurde ich mit 13 Jahren. Der völkerrechtswidrige Irakkrieg im Jahr 2003 und die Mahnwachen an meiner Schule brachten mich dazu.

Bereits als Jugendliche fand ich Anschluss an eine Initiative von Schüler*innen aus Heidelberg, die die Aktion „Völkerrecht“ ins Leben gerufen haben. Die Initiative beschäftigte sich mit der Abrüstung von Atomwaffen. Im Jahr 2005 habe ich gemeinsam mit Jugendlichen aus Europa das Jugendnetzwerk für

Nukleare Abrüstung „Ban All Nukes Generation“ gegründet. Die Abrüstung von Atomwaffen ist mein Herzensthema. Meine Botschaft ist: unsere Generation will die Atomwaffen nicht erben!

Für mich gilt: global denken und lokal handeln! Deshalb habe ich mit 18 Jahren auf der Liste der GRÜNEN für den Stadtrat in Renningen (Baden-Württemberg) kandidiert. Gemeinsam mit meiner Fraktion habe ich mich für eine nachhaltige und soziale Politik in meiner Heimatstadt eingesetzt, Veränderungen gestaltet und wichtige Erfahrungen gemacht.

Meine Familie ist eine klassische Arbeiterfamilie mit zwei Kindern. Vor mir hatte niemand in meiner Familie Abitur. Ich war die Erste. Und die Erste an der Uni. So wurde Bildungsgerechtigkeit für mich ein großes politisches Thema. Mein Ziel ist es, dass mehr Kinder die Chancen bekommen, die mir meine Familie ermöglicht haben.

An der Uni habe ich als Referentin im AstA, als Vorständin der Universitätsversammlung und schließlich als Senatorin drei Jahre lang für eine Zivilklausel, welche militärische Forschung an der Universität verbietet, gestritten. Das Ergebnis kann sich sehen lassen. Die Universität hat einstimmig eine Zivilklausel und Maßnahmen zur Umsetzung beschlossen. Das hat mir erneut gezeigt: Wer sich Zeit nimmt, zuhört und mit Herz hinter etwas

steht, kann grüne politische Ziele auch verwirklichen.

Da das BAföG zum Leben aber nicht reicht, habe ich neben meinem Master in Internationalen Beziehungen: Friedens- und Konfliktforschung an der Goethe Universität Frankfurt bei der KfW Entwicklungsbank gearbeitet. Mit Menschenrechten und globaler Entwicklung hatte ich mich früher schon befasst, habe während meiner Schulzeit Projekte zum Thema Ressourcenabbau in Afrika und zum Thema Genitalverstümmelung von Frauen organisiert. Diese Erfahrungen haben mich bestätigt: Es braucht aus Berlin eine andere Politik für Entwicklungshilfe und Außenpolitik!

Von der KfW bin ich deshalb zur GRÜNEN Jugend Hessen als Geschäftsführerin gewechselt. Im Juni 2016 hat mir die GRÜNEN Jugend Hessen ihr Vertrauen als ihre Kandidatin für die Bundestagswahl ausgesprochen. Gemeinsam haben wir den Platz 9 der Landesliste der hessischen GRÜNEN erstritten und ich habe mich entschieden, für den Kreis Groß-Gerau als Direktkandidatin anzutreten, weil ich Ihnen eine Stimme in Berlin geben möchte.

Geboren wurde ich nach Ende des Kalten Kriegs 1990. Meine politischen Erfahrungen sind geprägt von einer Welt nach dem Ende der Teilung Deutschlands, nach dem Ende der Feindbilder des Kalten Krieges und in einem vereinten Europa zwischen Baltikum und

Keine öffentliche Debatte in Mörfelden-Walldorf

Magistrat entscheidet allein über den LEP

In Hessen wird gerade der neue Landesentwicklungsplan aufgestellt. Dabei werden von der hessischen Landesregierung wichtige Ziele festgelegt, die übergeordnet in die Regionalplanung einfließen, für Kommunen verbindlich und für deren Bauleitplanung relevant sind.

Daher waren sämtliche Gebietskörperschaften in Hessen seit April aufgefordert, bis Ende Juli zum LEP Stellung zu nehmen. In vielen Parlamenten wie in Kelsterbach, Trebur oder im Kreistag Groß-Gerau geschah dies auch, nicht jedoch in Mörfelden-Walldorf.

Hier hat allein der Magistrat „im stillen Kämmerlein“ eine Stellungnahme beschlossen, das Parlament wird lediglich nachträglich in seiner Sitzung im September informiert.

Die GRÜNEN Mörfelden-Walldorf kritisieren dieses Verfahren, das der Bedeutung des LEP

für die städtischen Belange wie Fluglärm, Verkehr, Bebauung oder Klimaschutz in keinsten Weise gerecht wird. Dabei liegt der Plan seit mehreren Monaten der Stadtverwaltung vor, sogar eine Sondersitzung des Stadtparlamentes wäre möglich gewesen.

Bauland ist endlich

Doch auch inhaltlich kritisieren die GRÜNEN die Stellungnahme der Rathaus-Koalition von SPD, Freien Wählern und FDP: Es fehlen hier klare, zukunftsfähige Aussagen zur Raumverträglichkeit des Flughafens, zum allgemeinen Flächenverbrauch, zum Mindestdichtewert zukünftiger Bebauung, zur S-Bahn-Anbindung Terminal 3, zur Lärmobergrenze, zur Luftqualität oder zur Schadstoff- und Feinstaubbelastung. Stattdessen „bedauert“ die Verwaltung die Siedlungsbeschränkungen

durch Fluglärm, die bestehenden Grünzüge und Naturschutzgebiete oder beklagt die vorgeschriebenen Kaltluftschneisen, die die weitere Bebauung der Stadt so schwierig machen würden.

Doch auch die neue Koalition wird erkennen, daß Bauland irgendwann endlich ist, mahnen die GRÜNEN. Dagegen fordern wir das Land Hessen auf, seiner Schutzverpflichtung gegenüber den Bürgern rund um den Flughafen nachzukommen und ein jährliches Reduktionsziel von 0,4 dB(A) für Fluglärm im LEP festzuschreiben. Die NORAH-Studie hat gezeigt, wie fahrlässig es wäre, über eine Neuberechnung der Siedlungsbeschränkung zukünftig mehr Wohngebiete schädlichem Fluglärm auszusetzen.

Wofür ich mich in Berlin stark machen will



Nina Eisenhardt (27),
Direktkandidatin von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Wahlkreis Groß-Gerau

Algarve. Die Hoffnungen und Wünsche unserer Generation sind nicht eine schwarze Null im Bundeshaushalt. Wir sind die Generation, die die Probleme angehen und nicht vertagen möchte.

Die GRÜNEN stehen für meine Überzeugungen: Frieden durch Abrüstung, Chancen für alle Menschen, und Gerechtigkeit in Deutschland, Europa und der Welt! Deshalb bitte ich Sie um Ihre Stimme für Grün bei dieser Bundestagswahl.



Der direkte Draht zu Nina Eisenhardt
Facebook: [fb.com/nina.eisenhardt](https://www.facebook.com/nina.eisenhardt)
Instagram: [ninaeisenhardt](https://www.instagram.com/ninaeisenhardt)
Twitter: [@green_nina](https://twitter.com/green_nina)
Mail: nina.eisenhardt@gjh.de
Website: www.ninaeisenhardt.de

Frieden & Abrüstung

**Auf internationale Zusammenarbeit statt militärische Lösungen setzen:
Zivile Konfliktbearbeitung und UN Institutionen stärken**

**Sicherheit statt Gewinne für Rüstungskonzerne:
Verantwortungsvoller Umgang mit dem Bundeswehretat**

**Kein Waffenhandel mit Despoten:
Gesetz zur Kontrolle von Rüstungsexporten schärfen**

Europa & Freiheit

Demokratie stärken: Mehr Rechte für das Europaparlament sind mehr Rechte für die Bürger*innen Europas

Für ein humanitäres Europa: Asylrechte stärken, Rechtspopulismus enttarnen, den Schwächsten der Gesellschaft helfen

Perspektiven für Europas Jugend:
Soziales Europa ausbauen sowie Bildung und Ausbildung in Europa fördern

Fairer Handel & Globale Gerechtigkeit

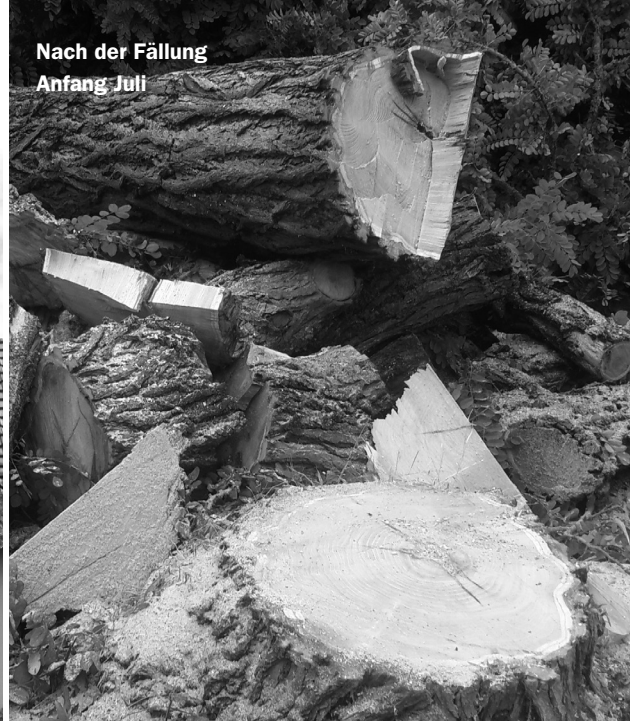
Für faire und ökologische Handelsabkommen:
damit die Armen nicht immer ärmer werden

Lokale Initiativen und regionalen Handel stärken

Vor der eigenen Haustür ansetzen: Faire und ökologische Beschaffung durch öffentliche Institutionen unterstützen



Vorher: Robinie auf dem Dorfplatz Hintergasse



Nach der Fällung Anfang Juli

Kahlschlag in Mörfelden

Grüne protestieren gegen Baumfällungen

Es fällt auf, daß die Stadtverwaltung in den letzten Jahren viele bedeutende, im Kern gesunde Bäume in Mörfelden gefällt hat: In der Gerauer Straße schon vor einiger Zeit vier große Straßenbäume, im Februar 2017 dann weitere vier Eichen, Jahrzehnte alt. Auf dem Dorfplatz an der Hintergasse fielen im Dezember 2015 drei Robinien und nun im Juli 2017 zwei weitere der Kettensäge zum Opfer.

Auf eine mündliche Anfrage von Andrea Winkler, der Fraktionsvorsitzenden der GRÜNEN, im Mai im Bauausschuß begründete Bürgermeister Becker die Baumfällungen am Dorfplatz mit mangelnder Standsicherheit.

Nach dem Beseitigen der insgesamt 9 Bäume in jüngster Zeit zeigt nur eine Baumscheibe im Stammbereich einen mehr als 50%igen morschen Stamm. Alle anderen abgesägten Bäume weisen dagegen im Hauptstamm oder im Wurzelbereich keine oder nur geringfügige Veränderungen auf, waren also nach wie vor standsicher. Auch bei den schon vor einiger Zeit beseitigten vier Eichen an der Gerauer Straße sind keinerlei Schäden im Stammbereich zu erkennen. Warum also solche Bäume fällen?

Die GRÜNEN in Mörfelden-Walldorf protestieren auf schärfste gegen diesen Kahlschlag von noch gesunden Bäumen in Mörfelden.

„Wir brauchen diese Bäume“, betont Richard Lehner, Stadtverordneter der GRÜNEN. „Mit wenig Aufwand und entsprechend fachkundigen Baumpflegemaßnahmen können zum Beispiel trockene Bereiche in den Kronen beseitigt und damit die Gefahr von herabfallenden Ästen vermieden werden. Es ist doch nicht notwendig, wegen einiger abgestorbener Zweige gleich den ganzen Baum zu beseitigen. Und das noch mitten in der Vegetationszeit, wo die Bäume vollbelaubt sind und gerade noch Vögel darin gebrütet haben!“

Bäume sind für das Stadtklima wichtig. Im Zentrum von Mörfelden gibt es zu wenig grüne Inseln und den dringenden Bedarf, die wenigen bestehenden Bäume zu schützen und für das Mikroklima zu erhalten. Die mickrigen Nachpflanzungen mit kleinen dünnstämmigen Linden am Dorfplatz brauchen mehrere Jahrzehnte, um wieder die Funktion der alten Robinien als Schattenspende, Staubfänger und Sauerstofflieferant zu übernehmen. Andere Städte geben zunehmend Geld aus, um in ihren Straßen und Plätzen die Aufenthaltsqualität durch Begrünung zu verbessern, in Mörfelden dagegen werden immer häufiger voll funktionstüchtige Bäume leichtfertig geopfert.



Die Baumscheibe einer im Februar gefällten Eiche an der Gerauer Straße weist keine nennenswerten Schäden auf.

Die GRÜNEN fordern den Bürgermeister Becker auf, diesen Kahlschlag in Mörfelden-Walldorf zu stoppen und stattdessen die bestehenden Bäume mit entsprechenden Pflegemaßnahmen zu erhalten.

Gebührenehöhe muß überprüft werden

Stadtwerke sollen kostendeckend und nicht gewinnorientiert arbeiten

Der Magistrat der Stadt Mörfelden-Walldorf erwartet bei seinen Stadtwerken mit ihren Betriebszweigen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung einen Jahresgewinn in Höhe von 880.000,- Euro und möchte diesen Gewinn in den allgemeinen Haushalt der Stadt einfließen lassen. So hat es die Koalition aus SPD, Freien Wählern und FDP zum städtischen Haushaltsplan beschlossen.

Gut 10% zu hoch

Für die GRÜNEN macht die Erwartung eines derartigen Gewinns bei den Stadtwerken in noch nie dagewesener Höhe deutlich, daß die Gebühren hier nicht dem aktuellen Aufwand und Bedarf entsprechen. Sie erscheinen angesichts des Gebührenaufkommen von knapp 8 Mio. € deutlich zu hoch. Dies muß überprüft werden, damit dem Bürger nicht zu tief in die Tasche gegriffen wird. Kanalgebühr, Flächenversiegelung und Wasserpreis sollen gemäß langjähriger Praxis kostendeckend berechnet werden.

Selbstverständlich kann es auch bei verantwortungsvollster Finanzplanung der Stadtwerke vorkommen, daß im Einzelfall Überschüsse entstehen. Über deren Verwendung ist dann nach Vorlage des geprüften Jahresabschlusses von der StVV. zu beraten. Daß beim Haushalt 2017 wie auch beim Nachtragshaushalt 2016 Gewinne von der Koalition bereits im Voraus „geplant“ werden, ist jedoch kein gutes Signal an den Gebührenzahler.



Bürger zahlen doppelt

Im Abwasserbereich stehen mit dem Beginn des Ausbaus der Kläranlage Investitionen von rd. 30 Mio. € an. Da die Haushaltsprobleme der Stadt nach dem Überschuß 2016 in Höhe von 3,3 Mio. € größtenteils bewältigt sind und der Haushalt 2017 deutlich überfinanziert ist, macht es vielmehr Sinn, den eingeplanten Gewinn bei den Stadtwerken zu belassen. So könnte die Kreditaufnahme für die Sanierung der Kläranlage reduziert und die zukünftige Belastung der Gebührenzahler in den nächsten Jahren minimiert werden.

Doch nach dem Willen der Koalition bezahlt der Bürger mit seinen Gebühren defakto zuerst den Gewinn der Stadt und dann nochmal

den gleichen Betrag, den die Stadtwerke für die Kläranlage mehr aufnehmen müssen.

Antrag der GRÜNEN abgelehnt

Die GRÜNE Fraktion im Stadtparlament hatte daher in einem Antrag zum Haushalt 2017 vorgeschlagen, den Stadtwerkegewinn nicht im städtischen Haushalt versickern zu lassen, sondern bei den Stadtwerken zu belassen und damit die Kreditaufnahme für die Sanierung der Kläranlage zu reduzieren. Gleichzeitig sollten die Gebühren für Wasser und Abwasser überprüft werden, da sie offensichtlich nicht dem tatsächlichen Aufwand entsprechen. Dies wurde jedoch von SPD, Freien Wählern und FDP abgelehnt.



Familienroute schlecht befahrbar

Vor einigen Jahren wurde sie eingerichtet und aufwändig beschildert: Die Familienroute zum Walldorfer Badeseesee ohne die für Kinder gefährliche Benutzung der Aschaffener Straße. Doch seitdem wurde wenig getan, die Strecke ist in vielen Abschnitten im Sommer zugewuchert, hat viele Schlaglöcher, nach Regen verschlammte und voller Pfützen, grober Schotter verleiht einem jede Freude am Radfahren.

Die GRÜNEN hatten in Magistrat und Bauauschuß mehrmals auf diesen Zustand hingewiesen, doch nie ist etwas passiert. Auch in diesem Sommer mussten sich Badegäste wieder über diese schlechte Strecke quälen, wenn sie nicht gleich das Auto genommen haben. Unser Fazit: Fahrradfreundliche Stadt sieht anders aus!



Kondensstreifen über Mörfelden

Geiz ist geil

Resolution gegen Billigflieger abgelehnt

Die GRÜNEN Mörfelden-Walldorf sprechen sich gegen die Anwerbung von sogenannten Billigfliegern durch die Fraport am Frankfurter Flughafen aus.

Am Dienstag, den 28.3.2017 war es soweit: Um 7 Uhr hob das erste Flugzeug der Ryanair nach Mallorca ab – angelockt durch verbilligte Start- und Landegebühren. „Günstig in die Ferien fliegen – das mag Urlauber freuen, ist aber des Flughafenanrainers Leid. Die Billigflieger bringen mehr Lärm, mehr Umweltbe-

lastung und mehr gesundheitliche Risiken rund um den Airport. Es kann nicht sein, daß der Bau der Landebahn Northwest, der sich angesichts der tatsächlichen, von den Prognosen abweichenden Zahl der Flugbewegungen immer mehr als unnötig erweist, durch angestregtes Bemühen von Fraport gerechtfertigt wird, zusätzlichen Flugverkehr zu generieren.“, so kommentierte auch Groß-Geraus Landrat Thomas Will die aktuelle Entwicklung.

Dafür ist der Flughafen nicht ausgebaut worden

Die neue Billig-Abteilung des Flughafens widerspricht dem öffentlichen Interesse, das als Begründung für den Ausbau galt. Vom mehrheitlich staatseigenen Fraport-Konzern ist zu verlangen, daß er Anwohner und Umwelt schützt statt den Konkurrenzkampf unter den deutschen Flughäfen anzuhetzen.

Die Begründung im Planfeststellungsbeschluß für die Flughafenerweiterung und den Bau des Terminals 3 war die Stärkung der internationalen Umsteigefunktion. Der Ausbau sei bedarfsgerecht, weil die Nachfrage so groß sei. Billig-Flieger waren ausgeschlossen! Entgegen den vollmundigen Prognosen sind die Flugbewegungen nicht gestiegen, sie sind sogar rückläufig. Stattdessen sollen nun Billigflieger die freien Slots in den Tagesrandzei-

Neue Banner in der Stadt



Waldenserstraße



Farmstraße



Gartenstraße

ten auffüllen. Weiter steigende Ausnahme genehmigungen für verspätete Maschinen werden das ohnehin unzureichende Nachtflugverbot weiter aufweichen.

Sozialdumping als Geschäftsmodell

Mit den Billigfliegern wird der Konkurrenzkampf härter. Die ArbeitnehmerInnen der etablierten Fluglinien werden dies beim Gehalt und den Arbeitsbedingungen noch mehr zu spüren bekommen als bisher. Bekanntermaßen sind Verfahren gegen Ryanair wegen Sozialdumping anhängig. Damit steigt auch das Sicherheitsrisiko, wenn übermüdete, scheinselfbstständige Piloten eine Ryanair-Maschine über unseren Köpfen fliegen. Gewerkschafter halten die Ansiedlung der Billigflieger auf Rhein-Main für eine „klare Lohnvernichtungsmaschine“ und sehen Arbeitsplätze gefährdet.

Übrigens: Die Resolution der GRÜNEN gegen die Billigflieger auf Rhein-Main wurde im Bauauschuß von SPD, CDU, Freien Wählern und FDP abgelehnt.

DIE FAKTEN

Angelockt durch Gebührenrabatte hoben Ende März die ersten Billigflieger in Frankfurt ab. Ryanair schickt zwei Jets ab Frankfurt nach Mallorca, Alicante, Malaga und Faro. Im kommenden Winter sind es dann sieben Flugzeuge, die von Frankfurt aus 20 Ziele ansteuern sollen. Mehr als 2,3 Millionen Passagiere will der Billigflieger pro Jahr befördern. Ab Mai plant die ungarische Wizz Air dann tägliche Flüge nach Sofia, ab Dezember auch nach Budapest. Die Lufthansa-Billigtochter Eurowings startet ab 2018 ebenfalls von Frankfurt.

Herausgeber:
Ortsverband Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Mörfelden-Walldorf

Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Fraktion im Stadtparlament

Auflage: 15.000

Kontaktadressen:
Stadtteil Mörfelden: Benjamin Friedrich, Berliner Str. 45
Stadtteil Walldorf: Hella Winkler, Emil-von-Behring-Str. 18
GRÜNE Fraktion: Dr. Richard Lehner, Hintergasse 2
Andrea Winkler, Emil-von-Behring-Str. 18

E-Mail: gruene-fraktion-mw@hotmail.de

B'90/DIE GRÜNEN OV Mörfelden-Walldorf

www.gruene-mw.de

Mitarbeit an dieser Zeitung: Andrea Winkler, Benjamin Friedrich,
Nina Eisenhardt, Bernhard Kinkel, Richard Lehner, Andrea Pons, Thomas Winkler